

wird wohl kaum überleben. Ein geschwächter Kapitalismus muss Legitimität wiedererlangen und seine Herrschaft über die Gesellschaft zurückgewinnen. Nichts garantiert, dass er darin erfolgreich sein wird, aber was immer das Ergebnis dieser Krise sein wird, wir müssen alles uns Mögliche tun, um die Autonomie und die innovativen Fähigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft zu stärken, im Norden, Süden, Westen und Osten.

Aus dem Englischen von Britta Dutke

Claudia von Braunmühl

Politik demokratisch weiter denken

Im Vordergrund der im Globalisierungskontext geführten Demokratiediskussion steht der Verlust an staatlicher Steuerungskapazität, nach außen wegen des zunehmenden Gewichts grenzüberschreitender Prozesse und Probleme, nach innen aufgrund der neoliberalen Politik mit Deregulierung, Privatisierung und politisch gewollter Demontage staatlicher Interventionsfähigkeit.

Der Begriff Governance bietet sich als den globalisierten Verhältnissen adäquates Konzept an und kann dabei von einem gewissen guten Klang profitieren. Als Global Governance wird er mit dem Wiedergewinn – obgleich noch mit demokratischen Leerstellen – von Gestaltungsmacht jenseits des Nationalstaats verbunden. Unter *private governance* werden uns private Akteure als Produzenten weltgesellschaftlicher Ordnungskomponenten und Problemlösungen, die ihre Legitimität in demokratischen oder Demokratie angelehnten Verfahren finden, präsentiert. Die klassischen Governance-Antworten verweisen auf einen objektiven Problemdruck, der seine Lösungen, häufig mittels des TINA-Prinzips (*there is no alternative*), gleichsam objektiv setzt. Für wen was warum ein Problem ist, wer sich mit seinem – oder ihrem – Problemdruck und Situationsdefinitionen im öffentlichen Raum Gehör verschaffen kann und Aufnahme in den Problembearbeitungskatalog findet, wer in welchen Mechanismen an der Ausarbeitung von Problemlösungsstrategien beteiligt ist und wer in welcher Form an ihrer Umsetzung: Diese Fragen bleiben ungestellt. Gesellschaftliche Strukturen und die mit ihnen verbundenen Inhalte dominanter ökonomischer und politischer Strategien, mit anderen Worten: Herrschaft, kommen nicht vor.

Sinn und Zweck von Demokratie ist eine gesellschaftliche Ordnung, die Würde und Entfaltung der Menschen und geschlechtergleichberechtigte *social citizenship* sichert. Eine Gesellschaft, die Verwirklichungschancen für alle bereithält, setzt die Möglichkeit voraus, sich in deliberativen Prozessen aktiv, autonom und mit Recht auf Dissens an der Gestaltung von Verwirklichungschancen zu beteiligen. Insofern gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Lebensqualität des Alltag und demokratischer Governance.

Unter Demokratieaspekten ist eine zentrale Frage: Was wird im politischem Diskurs verhandelt, was gilt als Politik und als politisch relevant: was konstituiert ein mit politischen Mitteln zu bearbeitendes Problem? Die Antwort muss ein inklusiver Begriff von Demokratie sein, der Dreierlei nicht akzeptiert:

- die Spaltung in Markt und Politik, bzw. Ökonomie und Politik
- die neo-liberale Grenzverschiebung zwischen öffentlich und privat
- die geschlechterpolitisch unvollendete Demokratie

(1) Der Nationalstaat, sein Institutionensystem und sein Handeln verschwinden in dem Prozess der fortlaufenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse durchaus nicht, sondern durchlaufen einen – allerdings folgenschweren – Gestaltwandel hin zum »nationalen Wettbewerbsstaat« (Hirsch 1995). Sie entzieht sich allerdings demokratischer Einflussnahme und Kontrolle. Die neoliberale selektive Rücknahme staatlichen Handelns könnte allzu leicht den Schein des Verschwindens von Politik entstehen lassen. Tatsächlich sind es vornehmlich sozialstaatliche Leistungs- und Steuerungsfunktionen, die zurückgenommen werden, während disziplinierende Funktionen sowie die staatlichen Teilapparaturen, in deren Geschäftsbereich die Anpassung an »externe« Vorgaben fällt, national wie international an Bedeutung gewinnen. Es handelt sich also bei der Einschränkung politisch-staatlicher Steuerungsmöglichkeiten, wie übrigens auch bei der zentralen Ausrichtung globalisierungsorientierter Politik an der Sicherung des Privateigentums durch nationale und internationale Normsetzung, originär um Politik. Die um sich greifende Versicherung, es gebe keine Alternative, markiert lediglich die im Restrukturierungsprozess genährte enge Bindung des Staates zu den tragenden sozialen Kräften der Globalisierung und die entsprechend umgeschriebene staatliche Agenda. Konzerngesteuerte Globalisierung muss also von vornherein als politischer Prozess begriffen werden und nicht als einer, in dem eine machtvolle Ökonomie und eine machtlose Politik einander hoffnungslos asymmetrisch gegenüber stehen.

(2) Die Privatisierung von Bereichen vormals staatlicher Daseinsvorsorge ist ein Kernstück neoliberaler Politik. Die Privatisierung nun ist eine dop-

pelte. Zum einen »verschlinkt« sich der Staatsapparat durch Übergabe erheblicher Bereiche insbesondere von sozialer Infrastruktur an privatwirtschaftliche Akteure. Damit verwandeln sich staatsbürgerliche Ansprüche an das politische Direktorat in private zahlungsfähige Nachfrage. Aus BürgerInnen werden KundInnen. Mit der Überantwortung wesentlicher Areale der öffentlichen Versorgung an privatwirtschaftliche Akteure ist also auch die Frage nach der demokratischen Gestaltung essentieller Segmente vom Gemeinwohl verbunden. Zum anderen gehen die Privatisierung und Entlastung öffentlicher Haushalte mit der Belastung privater Haushalte einher. Die Sicherung der personenbezogenen Daseinsvorsorge ist nur unter Rückgriff auf höchst asymmetrische Geschlechterrollenzuweisungen möglich. Mit anderen Worten: In aller Regel sind es Frauen, die durch Mehrarbeit und Zeit- wie Konsumverzicht die Entlastung des Staatshaushalts auffangen.

(3) Die Feministische Ökonomie hat die vorgebliche Geschlechtsneutralität des Wirtschaftsprozesses – bis in die Begrifflichkeiten der Ökonomie hinein – längst und vielfältig widerlegt. Sie hat die systemische und geschlechtercodierte Spaltung der gesellschaftlichen Reproduktion in eine marktwirtschaftlich regulierte (männliche) Verwertungsökonomie und in eine private (weibliche) Versorgungsökonomie, die in Privathaushalten vorwiegend von Frauen erledigt wird, aufgezeigt. Privat erbrachte Sorgeleistungen erscheinen nicht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Wenn nicht überhaupt Teil der irregulären Ökonomie sind sie auf den Dienstleistungsmärkten im Niedriglohnsektor angesiedelt. Eng verbunden mit der asymmetrischen geschlechterpolitischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit sind gesellschaftliche Mechanismen, die binäre Geschlechterkonstruktionen reproduzieren, in Alltagssprache und Alltagsbildern verfestigen und dann ihrerseits das Material für Ungleichheit festschreibende Geschlechterordnungen abgeben (Dackweiler 1995). Dies führt zu dem, was die geschlechterpolitische Zweiteilung der Demokratie bezeichnet wurde (Holland-Cunz 1998), deren Unakzeptierbarkeit der Begriff Geschlechterdemokratie anmahnt.

Notwendig ist also eine Neubestimmung dessen, was als politisch relevant anzusehen ist, was dem öffentlichen Raum und was dem privaten zugehörig ist und mittels welcher Re-Definitionen und -Organisationen eine geschlechterpolitisch ausgeglichene Beteiligung am politischen Prozess überhaupt erst möglich sein wird. Sicherlich sind auf der Ebene globaler Regelungsmechanismen erweiterte Beteiligungsrechte in z.B. IFW, WTO etc. erforderlich. Demokratietheoretisch ist das aber nicht sehr weiterführend, solange die Prozesse von Problemformulierung und Problemlösung die alten Demokratiedefizite aufweisen.

Die Forschung zu *private governanc* unternimmt große Anstrengungen, in Politik und Wissenschaft eine Verschiebung des Demokratie-Terrains hoffähig zu machen und die Sicherung demokratischer Legitimität und Qualität mehr und mehr auf die Verfahrensebene zu verlagern. Im Großen und Ganzen geht *private governance* von drei Dimensionen demokratischer Legitimität aus: Partizipation, Transparenz und Rechenschaft. Ihr Legitimitätsbegriff ist von Effizienz her gedacht. Einen letztinstanzlichen demokratischen Souverän gibt es nicht, sondern lediglich gegenstandsbedingte Beteiligte (*stakeholder*). Rechtsbasierte Ansprüche gegen Durchsetzungsinstanzen und Sanktionsmechanismen außerhalb von Machtstrukturen oder *naming* und *shaming* gibt es ebenso wenig (Beisheim/Dingwerth 2008). Immer bleibt die alles steuernde Markt- und Gewinnlogik unangefochten. M. a. W. *private governance* dient vor allem dem Vermeiden der Rückverlagerung von Entscheidungen in den öffentlichen Raum.

Das wirft erneut die Frage auf, was ist privat und was gehört in die öffentliche Sphäre des demokratisch zu ermittelnden Gemeinwohls? In der kapitalistisch organisierten Marktwirtschaft existieren zwei Privatbereiche, daher auch der Begriff der neo-liberalen doppelten Privatisierung. Zum einen haben wir den Bereich des Privathaushalts, der primäre Ort der Entfaltung von Intimität und Individualität, an dem all die Sorgeleistungen erbracht werden, derer die Menschen lebensabschnittsabhängig bedürfen und auf deren Erbringen sich die Arbeitswelt verlässt. Zum anderen haben wir den Bereich der Privatwirtschaft. Ungeachtet der ihr zugeschriebenen Privatheit kommt der Privatwirtschaft im Gegenteil höchst öffentliche Präsenz sowie sozio-ökonomische und politische Bedeutung zu. Sie ist privat wegen des Privateigentums an Produktionsmitteln, dem Konstitutionsmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise, aus dem sich Profitprinzip und private Aneignung von Mehrwert begründen. Unter Berufung auf diese Privatheit entzieht sie sich der Öffentlichkeit.

Das macht die Debatte um Öffentliche Güter demokratiepolitisch so bedeutungsvoll. Im Kern geht es um den Rückgewinn der demokratischen Gestaltung von elementaren gesellschaftlichen Vorgängen und Bedarfslagen bzw. darum zu verhindern, dass noch mehr Bereiche sich demokratischer Kontrolle und Einflussnahme entziehen.

Auf Seiten der privatwirtschaftlichen Akteure besteht ein großes Interesse, als legitim wahrgenommen zu werden und eine gewissen Nähe zur öffentlichen Sphäre und demokratischer Gesetzgebung zu inszenieren. Petra Dobner hat nachgezeichnet, wie z.B. die Wasserwirtschaft, angefangen von der Dramatisierung der Wasserkrise als Krise staatlicher Leistungsfähigkeit über die Gründung von mit öffentlichem Anstrich versehenen Organisati-

onen und Netzwerken unter Einbezug *like-minded* multilateraler Organisationen ein durchaus erfolgreiches Legitimitätsphishing betrieb. Es gelang die Inszenierung demokratischer Legitimität und effizienter Problemlösung, wo es im Kern um wenig mehr als die Erweiterung von Räumen der Gewinnerwirtschaftung ging (Dobner 2007).

Die Kernpunkte einer demokratischen Legitimation durch Verfahren lassen sich allerdings durchaus aufnehmen und im Sinne einer deliberativen Demokratie in den öffentlichen Raum mit seiner Gemeinwohlorientierung hineinragen. Oberstes Prinzip einer deliberativen Demokratie muss sein, Gemeinwohl im Sinne inklusiver Beteiligungsmöglichkeiten und Erweiterung von Lebenswirklichkeiten in Formen durchzubuchstabieren, die der geschlechterpolitischen Zweiteilung entgegenwirken. Keinesfalls dürfen Kernbereiche der öffentlichen Wohlfahrt aus dem öffentlichen Diskurs ausgelagert werden. Auch der *private governance* so wesentliche Effizienzbegriff muss unter dem Aspekt des Gemeinwohls überdacht bzw. qualifiziert werden.

Allerdings lassen sich neue demokratische institutionelle Arrangements gleichberechtigter Staatsbürgerschaft (*social citizenship*) nicht am Reißbrett entwerfen, sondern müssen aus der Logik des normativen Sinngehalts des jeweiligen Gegenstands entwickelt werden. In die kreative Suche nach neuen Lösungen muss eingeschlossen sein das Stützen und Fördern der Fähigkeit der BürgerInnen, Transparenz und Rechenschaftspflicht einzufordern und politische Akteure auch jenseits von Wahlakten zur Verantwortung zu ziehen. Das wiederum ist zu verbinden mit dem Einziehen neuer Strukturen, die das jeweils Erreichte stabilisieren und qua Institution entlasten.

Literatur

- Beisheim, Marianne/Dingwerth, Klaus (2008): Procedural Legitimacy and Private Transnational Governance: Are the Good Ones Doing Better?, http://www.sfbgovernance.de/publikationen/sfbgov_wp/wp14_en/sfbgov_wp14_en.pdf
- Dackweiler, Regina (1995): Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaften, Münster
- Dobner, Petra (2007): Did the State fail? Zur Transnationalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge am Beispiel des globalen Trinkwassers, in: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.), Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform? Baden Baden, S. 247-261
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin/Amsterdam
- Holland-Cunz, Barbara (1998): Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2003): Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. INEF Report Heft 67

Michael Zürn

Das demokratische Paradox

Passen die politischen Institutionen noch zu den demokratischen Prinzipien?¹

Betrachtet man die internationalen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte unter dem Aspekt der Demokratisierung, fällt ein Widerspruch auf. Wir sehen einerseits eine fast komplette Universalisierung des demokratischen Prinzips. Demokratie wird weltweit als eine anstrebenswerte politische Ordnung akzeptiert. Das zeigen beispielsweise die Daten des World Value Survey, der umfangreichsten Befragung über menschliche Wertvorstellungen, die derzeit 62 Länder umfasst.

Kaum ein Gemeinwesen verzichtet daher darauf, sich zumindest in der Rhetorik als demokratisch legitimiert darzustellen. Andererseits zeigen aber alle Umfragen, insbesondere in den stabilen Demokratien: Es gibt eine gewachsene Unzufriedenheit mit den Institutionen der nationalen Demokratie, mit Parteien, Parlamenten und Regierungen. Erstaunlicherweise haben die so genannten nicht-majoritären Institutionen, die dem politischen Prozess entzogen sind, wie etwa die Zentralbanken oder die Verfassungsgerichte, fast überall ein deutlich höheres Ansehen als die demokratischen Kerninstitutionen. Während das Prinzip der Demokratie also nach 1989 fast weltweit Anerkennung gefunden hat, bescheinigt sich seitdem in den konsolidierten Demokratien der Verfall des Vertrauens in die demokratischen Institutionen.

Wie lässt sich dieses demokratische Paradox erklären? Die Globalisierung spielt hier eine entscheidende Rolle. Ihre Dynamik trägt dazu bei, dass die Würde der politischen Institutionen auf der Nationalstaatsebene in gewisser Weise untergraben wird. Der Nationalstaat ist zum einen immer weniger in der Lage, eine effektive Politik im Alleingang umzusetzen. Die Inselstaaten im Indischen Ozean beispielsweise können ein Lied davon singen. Nationale Maßnahmen können den für sie überlebensbedrohenden Anstieg des Meeresspiegels erwiesenermaßen nicht stoppen, wenn alle anderen wie bisher weitermachen. Demokratische Nationalstaaten verlieren also an Effektivität.

Zusätzlich zur Effektivitätsproblematik gibt es eine Art Wettbewerbsproblem. Für viele Probleme hat zwar die nationale Politik nach wie vor effektive Instrumente an der Hand. Eine Erhöhung der Sozialleistungen oder die Erhöhung von Mindestlöhnen sind insofern wirksam, als die Empfänger einer solchen Leistung tatsächlich mehr Geld zur Verfügung haben.

¹ Der Text beruht auf einem Beitrag, der in einer Sonderausgabe von »Der Tagesspiegel« zum 40-jährigen Bestehen des Wissenschaftszentrums Berlin erschienen ist.